

Zeitung der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal

Entlassungen  
bei Helios S. 2

Wuppertal  
Institut S. 2

Große Koalition  
im Tal S. 3

Barmen ohne  
Schwimmbad S. 3

Gewerkschafter  
im Widerstand S. 4

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die 2. Ausgabe unserer Fraktionszeitung in der Hand. Wieder möchten wir Sie über unsere Aktivitäten im Rat der Stadt Wuppertal informieren.

Am 19. Dezember des vergangenen Jahres hat die Mehrheit im Rat der Stadt, also CDU und SPD, den Haushalt für 2006 und 2007 verabschiedet und damit die verfehlte Politik einer „Sanierung“ durch Kaputtsparen fortgesetzt.

Beispielsweise wird im ebenfalls verabschiedeten Haushaltssicherungskonzept als eine Ursache der gegenwärtigen Finanzmisere unserer Stadt der massive Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse benannt. In demselben Dokument wird dagegen die weitere Reduzierung eben jener Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse als wesentlicher Bestandteil zur Lösung der Haushaltsprobleme angeführt. Nicht mal lachen darf man darüber, weil das Thema ja so ernst ist.

Wenn die Verantwortlichen nicht in der Lage sind, die ausreichende Finanzierung der Aufgaben der Kommune

einzufordern, und wenn sie nicht in der Lage sind, laut Kritik zu äußern, und wenn sie nicht darauf hinweisen, dass die Unterfinanzierung der Kommunen ein glatter Rechtsbruch ist, warum sollten wir dann die Konsequenzen dieser verfehlten

Politik mittragen? Uns hat niemand gefragt, als der Spitzensteuersatz gesenkt wurde, als die Unternehmenssteuern gesenkt wurden, als üppige Subventionen an die Großkonzerne verteilt wurden, als sich in den letzten Jahrzehnten Großverdiener und Unternehmer mehr und mehr aus der Finanzierung unseres Landes zurückgezogen haben.

Da bis heute eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen wirklich verdient, gescheitert ist, tritt das ein, was schon länger abzusehen war: Kahlschlag bei den freiwilligen Leistungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich, fortschreitender Verfall der Infrastruktur, die Schließung noch vorhandener Einrichtungen (z.B. Kurbad), den weiteren Wegfall von Stellen und die Streichung der ohnehin gegen Null tendierenden Investitionen. Opfer sind die EinwohnerInnen und die örtliche Wirtschaft. Nutznießer der kommunalen

Verschuldung sind die Banken. Ein erheblicher Teil der kommunalen Einnahmen fließt als Zinstilgung an die Gläubiger der Stadt, die Großbanken. So kommt ein nicht unerheblicher Teil der kommunalen Einnahmen nicht den öffentlichen Aufga-



## WSW: Netze werden ausgegliedert

Das Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet alle Energieversorgungsunternehmen dazu, ihre Versorgungsnetze (Gas und Strom) in eigenständige Gesellschaften auszugliedern.

Diese Verpflichtung zum „UNBUNDLING“ (Entflechten) geht auf eine EU – Richtlinie zurück, die unter Mitwirkung der Bundesrepublik entstanden ist. Die Befürworter des „UNBUNDLING“ behaupten, dass dies zu mehr Wettbewerb und Preistransparenz führen wird. Tatsächlich soll den großen weltweit agierenden Konzernen die Nutzung der Strom- und Gasnetze der Stadtwerke (und anderer kommunaler Unternehmen) gegen eine niedrige Gebühr ermöglicht werden. Die Netznutzungsentgelte werden in Zukunft faktisch von einer staatlichen Regulierungsbehörde festgesetzt, so dass es zu einem starken Einbruch bei den Netz-

ben zugute, sondern den Bankprofiten. Unsere Stadt zahlte im Jahr 2003 ca. 24,7 Mio. Euro an Zinsen. Im Planjahr 2006 sollen es insgesamt ca. 44,2 Mio. Euro werden. Mit dieser Summe könnte man eine Menge anfangen. Stattdessen wird die Zinslast der Stadt in den nächsten Jahren womöglich noch weiter steigen. Es muss über ein Schuldenmoratorium nachgedacht werden. Die Kommunen müssen sich strikt weigern, die existenzbedrohenden Kredite zurückzuzahlen und die Zinsen zu bedienen.

**Elisabeth August  
Elke von der Beeck  
Gerd-Peter Zielezinski**

nutzungsentgelten kommen wird.

Die gesellschaftsrechtliche Trennung der Bereiche Netz und Erzeugung wird schwerwiegende Konsequenzen für die Wuppertaler Stadtwerke (WSW), ihre Beschäftigten und KundInnen haben. Zu befürchten ist, dass es zur Sicherung der bisherigen Wirtschaftlichkeit des Unternehmens einen verstärkten Stellenabbau trotz eines erforderlichen Mehraufwands geben wird.

Betrieb der Busse und der Schwebbahn ausgeglichen. So weit, so gut.

Dann aber wurde ein Teil der Energieversorgung (Gas und Strom) an die RWE und eine weitere Firma (Cegedel aus Luxemburg) verkauft. Natürlich fehlen damit nun Gewinne aus dieser Sparte.

Nicht genug damit, sollen die Stadtwerke in Wuppertal und in anderen Orten jetzt weiter verändert werden: auch um Bestimmungen der Europäi-

**DIE LINKE. PDS** Fraktion der offenen Liste  
der Linkspartei Wuppertal

**8. Kommunalpolitisches Plenum**  
der Stadtverordneten, Ausschussmitglieder  
und Bezirksvertreter  
Berichte und Beratung  
**14. Februar 2006, 18 Uhr**  
im Ratscasino, Rathaus

**Gäste sind herzlich willkommen.**

Eigentlich denkt man nicht darüber nach: Der Strom kommt aus der Steckdose, die Gasheizung läuft, wenn es kalt wird, und ohne Warmwasser lässt sich das Leben nur noch schwer ertragen. Selbstverständlich fahren auch die Busse – meistens jedenfalls, die Schwebbahn fährt sowieso. In Wuppertal war es bis vor einigen Jahren so, dass diese Leistungen von den Stadtwerken bereit gehalten wurden. Dabei konnte man gute Gewinne beim Verkauf von Gas, Strom und Wasser machen. Und mit diesen Gewinnen wurde das unvermeidliche Defizit beim

schen Union zu erfüllen, sollen jetzt neue Firmen gegründet werden, denen ausschließlich die Leitungen und das gesamte Versorgungsnetz gehören, durch die Strom, Gas und Wasser fließen. Eine solche Selbstständigkeit ist Voraussetzung dafür, dass auch private Strom- und Gasverkäufer – sowie gegebenenfalls Wasseranbieter – ihre Ware durch die vorhandenen Leitungen schicken können. Dummerweise geht eine Rechnung hierbei nicht auf: Wer erwartet, durch private Lieferanten ergebe sich Konkurrenz, und Unter-

Fortsetzung nächste Seite



## Weitere Entlassungen bei Helios

Der Betriebsrat der Helios-Kliniken teilt in seinem Mitteilungsblatt „Der Betriebsrat informiert“, Nr. 33/2005, mit, dass nach den ersten 16 Kündigungen im Jahr 2005 für 2006 weitere Bereiche für einen „Stellenabbau“ vorgesehen sind, und zwar:

- Schließung der Diät-schule
- Schließung der Wäsche-rei
- Ausgliederung der Pforte und Telefonzentrale
- Ausgliederung des Krankentransport- und Telefondienstes
- Ausgliederung des Hol- und Bringendienstes
- Personalabbau im Labor
- Personalabbau im Pflegedienst.

## Wuppertaler Stadtwerke

Fortsetzung von S. 1

haltung des kostspieligen und stets defizitären Personennahverkehrs. Um hier einzusparen, wurden bereits drastisch die ohnehin geringen Löhne von BusfahrerInnen gesenkt. Seit Jahren gibt es die VSG, die für die Stadtwerke einen großen Teil des Busverkehrs abwickelt. Wer dort arbeitet, erhält nur noch zwei Drittel der ursprünglichen tariflichen Bezahlung! Folge: Immer mehr Beschäftigte müssen zum Lebensunterhalt Zweitjobs annehmen. Durch solche Überlastung wird die Verkehrssicherheit nicht gefördert. Geht die Entwicklung so weiter, müssen wir damit

rechnen, dass Strecken, die als besonders unrentabel gelten, bald nicht mehr an das Verkehrssystem angeschlossen sind oder nur noch selten befahren werden.

**Drohende Aufspaltung der WSW AG. Eigenständige Gesellschaften für Versorgung, Verkehr und Entsorgung geplant. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe!**

## Erhalt des Wuppertal Instituts

In der Ratssitzung am 20.2.2006 wird unsere Fraktion

### den folgenden Antrag stellen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der Rat der Stadt möge folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal wendet sich mit der Forderung an die Landesregierung, die Landesförderung für das Wuppertal Institut Klima, Umwelt, Energie nicht weiter zu kürzen bzw. nicht einzustellen.

Die Einstellung der Landesförderung würde das Aus für das Institut bedeuten. Eine Schließung des Instituts wäre aber ein Verlust für Wuppertal, für die Region und für Nordrhein-Westfalen.

Seit seiner Gründung erarbeitete sich das Wuppertal Institut ein internationales Renommee durch die Entwicklung von Modellen zur Verknüpfung von Wirtschaft, Umwelt, Politik und Zivilgesellschaft. Das Institut ist ein internationales Kompetenzzentrum im Bereich der nachhaltigen Ressourcennutzung. Es entwickelt Modelle und Lösungen auf den für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtigen Gebieten wie Klimaschutz, Abfallwirtschaft, Verkehrsprojekte, nachhaltiges Produzieren und Konsumieren und weiteren Feldern. Am Institut werden seit etwa zehn Jahren Projekte im Kontext einer Bildung für Nachhaltigkeit initiiert und bearbeitet.

Die entwickelten Konzepte, Instrumente, Lern- und Qualifizierungsmodule beziehen sich sowohl auf den schulischen als auch den beruflichen Bereich der Bildung für Nachhaltigkeit.

Neben der Zusammenarbeit mit dem NRW Umweltministerium pflegt das Wuppertal Institut viele internationale Kontakte und arbeitet an weltweiten Umweltprogrammen mit, z.B. für die Vereinten Nationen und die Europäische Union.

Somit leistet das Institut über Wuppertal hinaus für den Wissenschaftsstandort NRW hervorragende Arbeit.

Aus diesem Grund fordert der Rat der Stadt Wuppertal, dass die Fördergelder für das Institut in die weiteren Landeshaushalte aufgenommen werden, um dessen Weiterbestand zu gewährleisten.

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle der Fraktion im Rathaus Barmen, Wegnerstr., Zi. 242**

**Montag - Donnerstag 10-17 Uhr  
Freitag 10-14 Uhr**

# Braucht Wuppertal den Umbau des Döppersberg?

**Die Ratsmehrheit hat den Umbau beschlossen.**

**Die Ratsfraktion der *Linkspartei.PDS* wendet sich weiterhin gegen den Umbau des Döppersberg.**



**Gegen den Umbau sprechen vor allem:**

- ⇒ Geplante Projektkosten von 86 Mio. Euro
- ⇒ Kosten für die Stadt Wuppertal 28 Mio. Euro (2008 wird die Stadt daher 11 Mio. Euro Kredit aufnehmen müssen)
- ⇒ Fragwürdiger Nutzen des gesamten Projektes
- ⇒ Bestehender Leerstand von Büro- und Verkaufsflächen in der Elberfelder City
- ⇒ Verlagerung des Busbahnhofs aus der City

**Die *Linkspartei.PDS***

**will der Überschuldung der Stadt entgegenwirken und die vorhandenen Eigenmittel für dringende Investitionen verwenden wie z.B.:**

- ⇒ Ausbau des ÖPNV
- ⇒ Instandhaltung von Schulen und Kindergärten
- ⇒ Bildungs- und Kultureinrichtungen
- ⇒ Stadtteilprojekte
- ⇒ Sporthallen und Schwimmbäder
- ⇒ Umwelterhaltende Maßnahmen u.v.a.m.

***DIE LINKE.* im Rat**

Die *Linkspartei.PDS*-Ratsfraktion Rathaus Wegnerstr. 7, Zimmer 242/243  
42275 Wuppertal, Tel: 563 5677 E-mail: ratsfraktion@pds-wuppertal.de



## Guter Rat?

### Große Koalition im Rat unserer Stadt

Die Fraktionen von CDU und SPD in Wuppertal planen, so ist zu lesen, eine „feste Kooperation“ bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode, also im Prinzip das, was man auf Bundesebene zur Zeit als „Große Koalition“ zu praktizieren sich anschickt. In der „Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen“ ist dergleichen nicht vorgesehen; dennoch, solange es dem öffentlichen Haushalt keine Mehrkosten verursacht, wird es wohl auch nicht verboten sein.

Für Wuppertal ist das an sich keine große Überraschung, sind beide große Parteien sich doch seit jeher einig gewesen im Postenschacher, der manchen potentiellen Konflikt bereits im Vorfeld vermeiden half. In diese große Umarmung waren lange Zeit auch die FDP und später die Grünen einbegriffen.

Was diese neue Form der Kooperation von CDU und SPD noch mit sich bringt,

zeichnete sich bereits auf der letzten Ratssitzung am 14. November 2005 ab. Opposition, noch dazu kleinerer Parteien, ist lästig, ja mehr noch, gilt geradezu als unstatthaft.

### Baumschutzsatzung

Die Ratsmehrheit hat am 19.12.2005 die Baumschutzsatzung mit Wirkung vom 1.7.2006 außer Kraft gesetzt.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat gegen die Abschaffung dieser Bestimmung gestimmt. Wuppertal ist eine Stadt, die von vielen Grünflächen geprägt ist. Dieses Grün ist unbedingt schützenswert. Ausnahmeregelungen ohne Zahl hat auch die bisherige Baumschutzsatzung zugelassen. Der Wegfall der Satzung schützt Bäume nur noch, wenn sie unter Denkmalschutz gestellt werden. Welchen Vorteil hat die Stadt von der Abschaffung?

## Aus für das Kurbad

Mit dem Haushaltssicherungskonzept, am 19.12.2005 von der Ratsmehrheit beschlossen, war das Schicksal des letzten Barmer Schwimmbades besiegelt. Ende Oktober gab die Fraktion der Linkspartei.PDS folgende Erklärung ab:

Wie der Presse zu entnehmen war, schätzt die Stadt die Schäden am Kurbad Barmen als so groß ein, dass eine Reparatur nicht sinnvoll sei.

Abgesehen davon, dass es Zweifel gibt an der erforderlichen Summe, um das Kurbad wieder betriebsfähig zu machen, ist das Problem doch hausgemacht.

Jahrzehntelang ist das Bad nicht gründlich instandgesetzt worden - um Geld zu sparen. Dann sollte es einen Neubau in Barmen geben, beschlossen vom Rat mit der so genannten Bäderzielplanung aus dem Jahr 2001.

Die Ratsfraktion der Linkspartei hat sich seit Jahren mit Anträgen und Anfragen an die Stadtverwaltung gewandt mit dem Ziel, das Kurbad zu erhalten, solange es keinen vergleichbaren Ersatz gibt. Und vergleichbarer Ersatz heißt für uns:

- ortsnah und für die BürgerInnen in Barmen gut erreichbar

- offen für alle: für FreizeitschwimmerInnen, Schwimmvereine, Schulklassen zum Schwimmunterricht

- bezahlbar, das heißt kein privates Spaßbad, in dem jede Palmendekoration im Eintrittspreis enthalten ist.

Etwa 100.000 BürgerInnen haben nun keine Schwimmmöglichkeit in ihrer Nähe, was eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität bedeutet. Weite Wege nach Elberfeld oder in entlegene Stadtteile können ihnen nicht zugemutet werden. Besonders betroffen sind die Kinder, die keinen Schwimmunterricht mehr bekommen können, die VereinsschwimmerInnen und letztlich viele SeniorInnen und Behinderte, für die das Schwimmen der Sport im Alter ist. Ein solches Bad gehört

# Schöne Bescherung!

## Rat und Verwaltung beabsichtigen die endgültige Schließung des letzten Schwimmbades in Barmen.

### Barmen braucht ein Schwimmbad.

# Das Kurbad muss erhalten bleiben!



## DIE LINKE.

Die Linkspartei.PDS-Ratsfraktion  
Rathaus Wegnerstr. 7, Zimmer 242/243  
42275 Wuppertal, Tel: 563 6677  
E-mail: ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Mit diesem Plakat protestierte unsere Fraktion gegen die Schließung des Barmer Kurbades. Mit dem am 19. Dezember von der Ratsmehrheit verabschiedeten Haushaltssicherungskonzept ist das endgültige Ende des letzten Barmer Schwimmbades allerdings recht geräuschlos über die Bühne gegangen und auf diese Weise das Badewesen der ehemaligen Großstadt auf den Stand vor 1882 zurückgefahren worden. Damals ist das mit einem Architekturpreis gekrönte Bad in der Kleinen Flurstraße eröffnet worden. Acht Jahre später folgte im Westen Barmens das Kurbad, und 1909 erhielten die Barmer im Westen das Bad Auf der Bleiche. Heute übrig geblieben ist das Kurbad. Schluss auch mit diesem „Luxus“, meinte die Ratsmehrheit.

unseres Erachtens zur kommunalen Daseinsvorsorge in Wuppertal. Dazu ist die Stadt verpflichtet.

Die endgültige Schließung bzw. kein Ersatz in Sicht bedeutet eine weitere Verabschiedung von Leistung

der Stadt für ihre Bürger. Das können wir nicht hinnehmen. Wuppertal, 28. 10. 2005

## VHS-Fusion

Nach dem Scheitern der Fusion der Volkshochschulen Remscheids, Solingens und Wuppertals am 14.11.2005 erklärte unsere Fraktion:

Die Fraktion der offenen Liste der Linkspartei hat in der gestrigen Ratssitzung die Beschlussvorlage zur Bildung eines Zweckverbandes abgelehnt. Grundsätzlich befürworten wir eine Zusammenarbeit im bergischen Städtedreieck, die ja auch vielfach schon praktiziert wird. Doch haben in diesem Fall mehrere Gründe zu unserer Ablehnung geführt. Zum Beispiel ist kein Zukunftskonzept erkennbar. Nur ein durchdachtes, schlüssiges und fachlich

fundiertes Weiterbildungskonzept kann die Grundlage einer gemeinsamen Einrichtung „Weiterbildung Bergisches Land“ sein. Ein solches Konzept hätte unter Einbeziehung der Beschäftigten entwickelt werden müssen. Dies ist nicht geschehen.

Erst dann sollte man über Organisationsformen nachdenken. Stattdessen wurden alle Vergleiche und Prüfungen dazu keineswegs ergebnisoffen geführt, sondern waren von vornherein darauf gerichtet, einen Zweckverband zu bilden.

Die Familienbildungsstätte und das Zentrum für berufliche Frauenförderung bekommen jeweils einen

neuen Status. Dieser ist nicht konkret geregelt, und seine Konsequenzen sind unklar. Die Besonderheit dieser Einrichtungen wird viel zu wenig berücksichtigt, und es bleibt zu befürchten, dass diese Institute als eigenständige Bereiche bald nicht mehr existieren.

Die Berechnungen über mögliche Einsparungen sind für uns nicht nachvollziehbar.

Bedenken haben wir auch gegen die „Doppelspitze“ aus kaufmännischer und pädagogischer Leitung, die gleichberechtigt sein sollen. Wir befürchten, dass die kaufmännischen Aspekte letztlich Priorität vor den pädagogischen bekommen, z. B. in der Personalpolitik. Dies wird Auswirkungen auf die Erfüllung der Aufgaben der Volkshochschule haben. Es ist nicht sichergestellt, dass die eigentlichen Aufgaben der Weiterbildung die zukünftige Arbeit der Volkshochschule bestimmen.



# Vollsperrung der Brücke Emilienstraße ab April 2006!

## Ohne Rücksicht auf Verluste

Mit dem folgenden Brief hat unsere Fraktion die Anwohner der Brücke Emilienstraße über die Pläne der Stadt informiert, die in den kommenden eineinhalb Jahren das Leben dort massiv beeinflussen werden:

Auf seiner Sitzung vom 14. November 2005 hat der Rat der Stadt Wuppertal beschlossen, die notwendige

auf die Fußgängerbrücke Erichstraße als Alternative verwiesen, die angeblich nur 100 Meter entfernt sei.



Über die Brücke Emilienstraße fahren täglich die Buslinien 628, CE 61, der Nachtexpress 5 sowie zahlreiche Schulbusse.

Sanierung der Brücke Emilienstraße durchzuführen. Die Arbeiten sollen Ende März 2006 beginnen.

Der Beschluss sieht vor, dass die Reparatur der Brücke ca. ein Jahr und drei Monate in Anspruch nehmen wird. In dieser Zeit soll der Übergang nicht nur für Autos, sondern auch für Fußgänger gesperrt sein. In der Beschlussvorlage wird

Tatsächlich handelt es sich aber um eine Entfernung von 375 Metern Luftlinie, die in Kauf genommen werden müssen, hin und zurück also mindestens 750 Meter.

Dass eine Sanierung der Brücke notwendig ist, wird

richtig sein. Dem hat die Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS in der

Ratssitzung auch zugestimmt. Gleichzeitig haben wir aber darauf hingewiesen, dass es unbedingt notwendig ist, eine Behelfsbrücke für Fußgänger zur Verfügung zu stellen. Nicht nur die AnwohnerInnen, für die seit einiger Zeit kein einziges Lebensmittelgeschäft mehr vorhanden ist, sondern auch für die SchülerInnen des Gymnasiums Siegesstraße und der Hauptschule Emilienstraße ist es unbedingt notwendig, dass das Wohngebiet zu Fuß erreichbar ist.

Unsere Fraktion hat in der Ratssitzung auf diesen Umstand hingewiesen. Die Verwaltung hat uns dahingehend beschieden, der Umweg über die Brücke Erichstraße sei zumutbar, und eine Behelfslösung für Fußgänger sei zwar technisch machbar, aber zu kostspielig. Und das bei z.Z. veranschlagten Gesamtkosten von 2.800.000 Euro! Sie, die Sie tagtäglich als Fußgänger auf diese Brücke angewiesen sind, wenden Sie sich bitte an Ihre Vertreter im Rat und in der Bezirksvertretung, und fordern Sie eine Korrektur dieser fatalen Fehlentscheidung.

Schließlich handelt es sich nicht nur um eine kurzzeitige Sperrung!

## Presseerklärung zum Leitartikel der „Wuppertaler Rundschau“ vom 22. Oktober 2005: „Das neue System ist besser als das alte“

6.000 Maßnahmen wurden Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen angeboten. Arbeitslosengeld II wird allerdings an 40.464 Personen gezahlt. Davon gelten 28.756 als erwerbsfähig, das heißt, 6.000 Maßnahmen für 28.756 Menschen - nicht einmal jede/r Vierte konnte also an einer Maßnahme teilnehmen.

Abgesehen davon: Dauerhafte Arbeitsplätze wurden damit nicht geschaffen.

Mehr Geld als bisher für Betroffene?

Eine Familie mit vier Personen erhält 1.580,— EURO monatlich. Allein etwa 641,— EURO davon sind allerdings zur Deckung der Wohnkosten auszugeben. Von den restlichen 939,— EURO müssen sich vier Personen ernähren, kleiden, Fahrgeld bezahlen und Ersatz beschaffen für Dinge im Haushalt, die im Laufe der Zeit kaputt gehen.

Richtig ist zwar, dass die Geldleistungen etwas höher sind als die frühere Sozialhilfe, dafür jedoch entfallen die im Sozialhilferecht gewährten Sonderleistungen für Kleidung, Ersatzanschaffungen und Fahrgeld. Auch die Stromrechnung muss mit dem Betrag von 939,— EURO bezahlt werden. Ein kostenfreies Schulessen ist derzeit nur gewährt, weil private Spender einen Fonds gegründet haben. Zur Regelleistung gehört das Schulessen eben nicht.

711 Aufforderungen gab es laut Herrn Lenz, in denen Betroffene aufgefordert wurden, Kosten für die Wohnung

zu senken. Es mag sein, dass „nur“ 53 Bedarfsgemeinschaften zu einem Umzug aufgefordert wurden. Herr Lenz verschweigt jedoch die Umzüge, die Betroffene von sich aus vor Erhalt einer amtlichen Aufforderung vorgenommen haben. Wer selbst die Wohnkosten durch Umzug gesenkt hat, fällt also aus dieser Statistik. In keinem Fall wurden Umzugskosten in tatsächlich anfallender Höhe übernommen.

Darüber hinaus möchte Herr Lenz vergessen machen, dass für eine beträchtliche Zahl von Erwerbslosen die Arbeitslosenhilfe deutlich höher war als das Arbeitslosengeld II und dass beim Arbeitslosengeld II aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung viele ehemalige Arbeitslosenhilfebezieher vom Leistungsbezug zeitweise oder ganz ausgeschlossen werden. Menschen mit geringen Arbeitslosenhilfebezügen hatten zudem Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe oder Wohngeld.

Dass Herr Lenz eine positive Zwischenbilanz zieht, werden viele Betroffene aufgrund dieser Tatsache zu recht als zynisch empfinden. Vergessen hat er wohl dabei die ersten Monate, in denen das Chaos nicht hätte größer sein könn

## Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Wegnerstr. 7,  
42275 Wuppertal,  
Tel. u. Fax: 0202 - 5636677  
E-mail:  
ratsfraktion@pds.wuppertal.de

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Gerd-Peter Zielezinski  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 20000  
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

## Rückblick

# Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse

Am 29. November 2005 wurde vor dem Wuppertaler Landgericht die von der Wuppertaler Künstlerin Ulle Hees geschaffene Skulptur (siehe Foto) zum Gedenken an die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse wieder enthüllt (nachdem sie wegen des Gerichtsneubaus für einige Zeit eingelagert werden musste).

Mit dem Denkmal wird an ein für die Geschichte unserer Stadt höchst bedeutsames Ereignis erinnert, nämlich an die vor dem Oberlandesgericht Hamm (das zum Teil nach Wuppertal geholt wurde) verhandelten Prozesse gegen weit mehr als als 700 Mitglieder der Wuppertaler und Velberter Arbeiterbewegung, die wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus verhaftet worden waren.

Der Arbeiterwiderstand gegen den Faschismus war in Wuppertal überdurchschnittlich stark.

Deswegen gab es hier in der Kemna bei Beyenburg auch eines der ersten KZs im gan-



zen Deutschen Reich. Dort wurden viele Mitglieder des Funktionärsapparates der beiden großen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften eingekerkert, gequält und nach der Auflösung des La-

gers im Januar 1934 in andere Lager, vor allem im Emsland, geschafft.

Dennoch gelang es, innerhalb der von den Faschisten gegründeten Ersatzgewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“ illegale Organisationsstrukturen zu schaffen, die den Widerstand planen und durchführen konnten.

Die Gestapo kam den WiderständlerInnen allerdings auf die Spur, und schon den bei den „Ermittlungen“ gegen sie kamen mindestens 17 von ihnen zu Tode. Bei den anschließenden Prozessen wurde

sozusagen kurzer Prozess gemacht: Bei sehr eingeschränkten Verteidigungsmöglichkeiten in den Massenverfahren in Hamm und Wuppertal kam es auch gleich zu Massenverurteilungen im Schnellgang. Die Urteile reichten von vier Monaten Gefängnis bis zu fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Wuppertals Name wurde, vielleicht zum ersten Mal seit der Stadtgründung im Jahr 1929, mit diesen Prozessen weltweit bekannt. In Amsterdam wurde sogar ein „Wuppertal-Komitee“ gegründet, das Geld für die Angehörigen sammelte und Prozessbeobachter nach Wuppertal und Hamm sandte, die vor Ort allerdings an der Teilnahme an den Verhandlungen gehin-

dert wurden. Wuppertal hat heute allen Grund, stolz auf die vielen Widerstandskämpfer zu sein, die das Tal hervorgebracht hat, und ihrer würdig zu gedenken.

Weitere, sehr ausführliche Informationen bietet der „Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal e.V.“, Ottenbrucher Str. 54, 42105 Wuppertal, auf der Internetseite [www.gewerkschaftsprozesse.de](http://www.gewerkschaftsprozesse.de)